



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	6
3.	Griechische Zyprioten	6
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	6
	Innenpolitische Entwicklungen	8
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	8
4.	Türkische Zyprioten	11
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	11
	Innenpolitische Entwicklungen	11
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	11
	Außenpolitik	12
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	12

FES NEWS

- bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](https://www.facebook.com/FESCyprus)

www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

1. Das Zypernproblem

Im März wurden die Verhandlungen zur Lösung der Zypernfrage fortgeführt. Sie wurden überschattet von den Verhandlungen zur Flüchtlingskrise zwischen der EU und der Türkei. Zyperns Veto gegen die Öffnung von sechs Verhandlungskapiteln in den EU-Beitrittsgesprächen mit der Türkei hätten eine Vereinbarung zwischen der Türkei und der EU gefährden können.

Nach einem Treffen aller 28 EU-Staatschefs und dem türkischen Premierminister Ahmet Davutoglu am 7. März wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach für jeden von den griechischen Inseln in die Türkei zurückgeschickten syrischen Flüchtling ein anderer syrischer Flüchtling legal in die EU einreisen darf. Des Weiteren wurde die zügige Auszahlung der 3 Milliarden Euro an die Türkei im Rahmen der syrischen Flüchtlingskrise sowie „eine schnellstmögliche Entscheidung zur Öffnung weiterer Verhandlungskapitel in den Beitrittsverhandlungen“ vereinbart. Diese Entscheidung alarmierte wiederum Zypern. Dementsprechend machte der zypriotische Präsident Anastasiades gegenüber EU-Ratspräsident Donald Tusk während eines Treffens am 15. März deutlich, dass Zypern einer Öffnung der eingefrorenen Kapitel nicht zustimmen werde, es sei denn Ankara würde, wie im Ankara-Protokoll festgelegt, seine Verpflichtungen erfüllen und türkische Häfen und Flughäfen für zypriotische Schiffe und Flugzeuge öffnen.

Letztendlich fand das bedeutende Türkei-EU Treffen am 18. März statt, um die vorläufigen

Vereinbarungen vom 7. März zum Abschluss zu bringen. Es wurde entschieden, Kapitel 33 der Beitrittsgespräche (Budgetfragen) mit der Türkei zu eröffnen. Dieses Kapitel wird von Zypern nicht blockiert. Außerdem wurde vereinbart, Vorbereitungen zur Öffnung weiterer Kapitel einschließlich jener, die von Zypern eingefroren sind, zu treffen. Anastasiades war mit dem Ergebnis dieses wichtigen Treffens zufrieden, da Zyperns Bedenken berücksichtigt wurden. Gleichzeitig gelang es der EU, Bewegung in die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu bringen. Laut dem türkischen Minister für europäische Angelegenheiten habe die Türkei der Öffnung von Kapitel 33 zugestimmt, um die Zyperngespräche nicht zu gefährden. Er hoffe jedoch, dass fünf der von Zypern blockierten Kapitel in der zweiten Jahreshälfte 2016 geöffnet würden.

Am 11. März fand das erste Treffen dieses Monats zwischen den Volksgruppenvertretern Mustafa Akinci und Nicos Anastasiades statt. Laut Akinci wurde in weiteren Themenfeldern der Zypernfrage eine Annäherung angestrebt, dies betrifft jedoch nicht territoriale, Sicherheits- und Garantiefragen. Diese Punkte sollen zu einem späteren Zeitpunkt besprochen werden. Des Weiteren wurde die bisherige Arbeit der beiden Verhandlungsführer, für die türkischen Zyprioten Ozdil Nami und für die griechischen Zyprioten Andreas Mavroyiannis, evaluiert. Das Treffen wurde allgemein als positiv und konstruktiv beschrieben. Akinci sprach die von der griechisch-zypriotischen Seite durchgestochenen Informationen an und bezog sich auf die Entscheidung des Parteivorsitzenden der EDEK, Marino Sizopoulos, vertrauliche Informationen

eines Treffens des Nationalrates offenzulegen, um die Zyperngespräche zu unterminieren. Während eines weiteren Treffens am 28. März wurden eine Reihe weiterer Punkte besprochen mit dem Ziel, eine Annäherung zu erreichen. Laut Anastasiades gebe es auch bei Punkten, in denen man übereinstimme, noch einige Probleme, welche die beiden Volksgruppenvertreter während ihres nächsten Treffens lösen wollten. Diese Punkte würden jedoch nicht die grundlegenden Prinzipien einer Lösung betreffen. Akinci äußerte sich in ähnlicher Weise und sagte, dass trotz der bestehenden Differenzen in einer Reihe von Punkten eine Annäherung erreicht worden sei und dass sich beide Seiten bemühten, diese Annäherung auf die nächste Ebene zu bringen. Die nächsten Treffen sind für den 18. und 25. April sowie den 9. Mai vorgesehen.

Als Antwort auf die offizielle Ankündigung der dritten Lizenzvergaberunde für die Exploration der zypriotischen Gasfelder am 25. März, gab die türkische Regierung bekannt, dass die „griechisch-zypriotische Verwaltung“ die Rechte der Türken in Zypern in Frage stelle und dies zu einem Zeitpunkt, an dem die beiden Seiten über eine Wiedervereinigung verhandelten. Die Türkei werde es ausländischen Unternehmen nicht erlauben, nach Gas zu suchen und alle notwendigen Schritte unternehmen, um die Rechte und Interessen der Türkei, die mit dem türkischen Kontinentalsockel verbunden ist, zu schützen. Bereits zuvor hatte die Türkei erklärt, dass sie auf jegliche Aktivitäten in den Blöcken 1, 4, 5, 6 und 7 reagieren werde, da diese Teil des türkischen Festlandssockels seien. Akinci sprach die dritte Lizenzvergaberunde auch während des

dritten Treffens mit Präsident Anastasiades am 28. März an. Akinci warnte, dass sich die erneuten Bemühungen in der Gasexploration der griechischen Zyprioten negativ auf den Verhandlungsprozess auswirken könnten. Nach seinem Treffen mit Anastasiades sagte Akinci auf einer Pressekonferenz, dass er seine Bedenken gegenüber der UN und seinen griechisch-zypriotischen Gesprächspartnern deutlich gemacht habe. Anastasiades bekräftigte, dass die Zyperngespräche nicht durch die Reaktion der Türkei in dieser Frage betroffen seien, es sei denn die Republik Zypern werde in der Ausübung ihrer souveränen Rechte eingeschränkt. Er wiederholte auch, dass die natürlichen Ressourcen der Insel allen rechtmäßigen Bewohnern gehörten. Die türkischen Zyprioten würden nach einer Lösung miteinbezogen. Im Oktober 2014 hatte Anastasiades seine Teilnahme an den Gesprächen unterbrochen, nachdem die Türkei ein Forschungsschiff losgeschickt hatte, um seismologische Untersuchungen innerhalb der exklusiven Wirtschaftszone Zyperns durchzuführen. Die Gespräche wurden erst im Mai 2015, als der Hardliner Derwisch Eroglu abgewählt und durch Akinci ersetzt wurde, wieder aufgenommen. Das türkische Forschungsschiff wurde noch vor den türkisch-zypriotischen Präsidentschaftswahlen in die Türkei zurückbeordert.

Am 30. März gab der UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon die Ernennung der aus Kanada stammenden Elizabeth Spehar als seine neue Sonderbeauftragte und Leiterin der UN-Friedenstruppe in Zypern bekannt. Spehar wird auch die Funktion der stellvertretenden Sondergesandten für Zypern übernehmen. 2008 diente

Spehar bereits für einen kurzen Zeitraum als Sondergesandte des UN-Generalsekretärs und Leiterin der UNFICYP. Sie tritt die Nachfolge von Lisa Buttenheim an.

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, kam am 29. März für einen zweitägigen Besuch nach Zypern. Während seines Besuchs wurde er von Präsident Anastasiades empfangen und sprach vor dem Parlament. Schulz traf sich auch mit der türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci und Vertretern politischer Parteien beider Seiten, sowie dem UN-Sonderberater Espen Barth Eide. Nach dem Treffen mit Eide sagte Schulz, dass er ebenfalls sehr optimistisch sei. Obwohl er nicht zu extremem Optimismus neige, gebe es jetzt eine reelle Chance für einen historischen Schritt nach vorn. Das EU-Parlament werde diesen Schritt mit allen Mitteln, auch in finanzieller Hinsicht, unterstützen. Schulz' Besuch wurde als ein deutliches Zeichen für die Unterstützung der EU für den derzeitigen Verhandlungsprozess gewertet.

Nach seinem Treffen mit dem türkischen Außenminister Mevlut Cavusoglu in Washington sagte der amerikanische Außenminister John Kerry, dass sich sein Land in der Zypernfrage engagieren wolle. Nach dem Treffen sagte Cavusoglu, dass es gute Nachrichten aus dem östlichen Mittelmeer gebe. Die Türkei hoffe, dass 2016 eine Lösung in der Zypernfrage erreicht werden könne. Die türkische Seite sei dazu bereit. Aufgrund der Wahlen im Süden der Insel zögere sich der Verhandlungsprozess hinaus. Er hoffe jedoch, dass nach den Wahlen eine Lösung gefunden werde. Kerry betonte, dass

sich die USA sehr in Zypern und bei den Gesprächen engagiere. Er und Vizepräsident Joe Biden seien persönlich in Zypern gewesen und hätten die Bevölkerung auf beiden Seiten, sowie die Vertreter der betroffenen Länder getroffen. Die USA werde auch weiterhin vehement auf eine Lösung in der Zypernfrage drängen. Das Problem bestehe schon viel zu lange.

Am 15. März nahm der Generalsekretär der AKEL, Andros Kyprianou, an einer Konferenz im Norden teil. Während der von der bikommunalen Organisation „Famagusta Initiative“ durchgeführten Konferenz analysierte Kyprianou das Zypernproblem und berichtete über den vor kurzem stattgefundenen Besuch einer Delegation der AKEL in der Türkei. Kyprianou betonte, dass für seine Partei eine Lösung des Zypernproblems von großer Bedeutung sei. Er wolle nicht sagen, dass dies „die letzte Chance“ sei, wenn jedoch der derzeitige Prozess nicht erfolgreich sei, werde sich die Situation nicht verbessern. Hinsichtlich der Garantien habe ihm der türkische Premierminister Davutoglu gesagt, dass die Bearbeitung anderer Fragen zusammen mit Herrn Akinci derzeit wichtiger sei und die Garantiefrage zu gegebener Zeit behandelt werde. Kyprianou betonte, dass die AKEL alles tun werde, um zu einer Lösung beizutragen und hob die fortlaufende Zusammenarbeit seiner Partei mit der Republican Turkish Party (CTP), der Communal Democracy Party (TDP) sowie der United Cyprus Party (BKP) im Norden¹ hervor.

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der

Der Parteivorsitzende der DISY, Averof Neofytou, sprach vor einer Parteiversammlung der CTP und betonte, dass die Zeit für eine starke und nachhaltige Lösung gekommen sei. Viele griechische Zyprioten wüssten, dass die derzeitige Situation nicht beibehalten werden könne und eine Gefahr für ihre Zukunft darstelle. Laut Neofytou könne es sich keine der beiden Bevölkerungsgruppen leisten noch mehr Zeit zu verlieren.

Nachdem das griechisch-zypriotische Verlagshaus Phileleftheros Group und die türkisch-zypriotische Havadis Media Group ihre Zusammenarbeit beschlossen hatte, kündigte die *Cyprus Weekly* an, dass sie mit der Tageszeitung *Havadis* kooperieren und eine Druck- und Online-Version herausbringen werde, um über Ereignisse auf ganz Zypern zu berichten. Es sei wichtig, dass die griechisch- und türkisch-zypriotischen Medien und auch Unternehmen kooperierten, um ein gesundes politisches und wirtschaftliches Umfeld auf beiden Seiten zu schaffen mit dem Ziel, Ängste und Tabus aus Zyperns jüngster Vergangenheit zu bewältigen. Dies sei ein guter Moment für bikommunale Projekte und Initiativen, um alle Zyprioten zu einer umfassenderen - auch wirtschaftlichen - Zusammenarbeit zu bewegen. Die Zusammen-

rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der *Acquis Communautaire* ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages.).

arbeit trage auch dazu bei auf beiden Seiten die Akzeptanz für das Zusammenleben und –arbeiten in einem zukünftigen Föderalstaat, und die damit einhergehende Machtteilung, zu erhöhen. Akinci beschrieb diese Zusammenarbeit als einen historischen Schritt, welcher die Kommunikation stärke, während Anastasiades die Kooperation lobte und bemerkte, dass es aufgrund eines Kommunikationsdefizits und jahrzehntelanger Teilung immer noch ernsthafte Verständigungsprobleme zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen gebe.

Die Cyprus Turkish Journalists Association, die Union of Cyprus Journalists und die Gewerkschaft Press Workers Union (Basin-Sen) kamen zu einer gemeinsam organisierten Veranstaltung im Home for Corporation in der UN-Pufferzone zusammen. Die Podiumsdiskussion konzentrierte sich auf Probleme, mit denen die Medien auf beiden Seiten konfrontiert sind. Medienvertreter beider Seiten gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass in Zukunft ähnliche Veranstaltungen organisiert werden.

Am 3. März gaben der Vorstand der türkisch-zypriotischen Revolutionary Trade Unions Federation (Vereinigung der revolutionären Gewerkschaften - Dev-Is) und der griechisch-zypriotischen Pancyprian Federation of Labour (Panzypriotische Arbeitnehmerverband - PEO) bekannt, dass sie eine Reihe gemeinsamer Veranstaltungen abhalten wollen, um den Lösungsprozess und den Dialog zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen zu unterstützen.

Das türkisch-zypriotische Municipal Theatre in Nikosia und die AntiLogos Theatergruppe aus

dem Süden traten gemeinsam auf, um den internationalen Frauentag zu feiern. Die Veranstalter waren die beiden Gewerkschaften PEO-SIDIKEK und die türkisch-zypriotische Municipal Workers Union (Gewerkschaft der städtischen Angestellten - BES).

Der türkisch-zypriotische Verband der Bauunternehmer und die Cyprus Recycle Organisation aus dem Süden unterschrieben ein Kooperationsabkommen um die Entsorgung von Baustellenabfall zu regeln und den Umweltschutz zu stärken.

Die religiösen Oberhäupter trafen sich im Rahmen des religiösen Dialogs im Friedenprozess in der Residenz des schwedischen Botschafters in Nikosia. Auf der anschließenden Pressekonferenz sagte der US-Sondergesandte für Religion und globale Fragen, Shaun Casey, dass Zypern ein Model für das Zusammenleben von Muslimen und Christen in der Region sein könne.

2. Gasvorkommen

Am 25. März gab die Republik Zypern durch eine Mitteilung im EU-Amtsblatt ihre Entscheidung zur Eröffnung der dritten Lizenzvergabe-runde zur Erdöl- und Gaserkundung für die Offshore-Blöcke 6, 8 und 10, die sich in der exklusiven Wirtschaftszone Zypern befinden, bekannt. Nachdem in Eratosthenes Seamount vor der Küste Zyperns Karbonatschichten gefunden worden waren, antwortete die Regierung auf das gestiegene Interesse der Energieunternehmen mit einer erneuten Explorationsrunde. Block 6 wird von der Türkei beansprucht,

da er nach Ankaras Auffassung Teil des türkischen Festlandssockels sei.

Das israelische Oberste Gericht fällte am 27. März ein Urteil, welches es der israelischen Regierung untersagt, dem in Texas ansässigen Energieunternehmen Noble Energy eine Garantie auszustellen, wonach sich die rechtlichen und Steuerbedingungen für das Unternehmen für 10 Jahre nicht ändern sollen. Somit ist die Stabilitätszusage von Premierminister Benjamin Netanyahu nichtig. Sie war Teil eines Vertrags zwischen der israelischen Regierung und Noble. Das Unternehmen hält die Lizenz für das Leviathan- und andere Gasfelder. Das Gericht begründete sein Urteil damit, dass die Regierung keine Zusagen über solch lange Zeiträume machen könne. Die beteiligten Parteien haben nun ein Jahr Zeit für eine Lösung, die es der Regierung erlaubt Stabilitätszusagen zu machen. Das Urteil könnte die Entwicklung des Gasfeldes weiter verzögern. Ursprünglich sollte die Produktion spätestens 2019 beginnen. Dies könnte sich auch auf die Entwicklung des zypriotischen Aphrodite-Felds durch Noble auswirken.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 31. März lief das dreijährige Bail-out Programm für Zypern aus. Zypern war das vierte Land in der Eurozone nach Irland, Spanien und Portugal, welches das Programm beendete. Von den ursprünglich vorgesehenen 10 Milliarden

Euro benötigte Zypern 7,25 Milliarden Euro. Obwohl Zypern für den Abschluss des Programms allgemein gelobt wurde, warnte der Internationale Währungsfonds (IMF), dass es immer noch drei kritische Punkte gebe, die Zypern angehen müsse. Dies seien die notleidenden Kredite, die öffentliche Verschuldung sowie wachstumsfördernde Reformen. Laut der Tageszeitung *Phileleftheros* sei der Bankensektor um 20% geschrumpft, wie aus den Zahlen des Bankenverbandes hervorgeht.

Nach Angaben des Statistikamtes fiel das monatliche Einkommen von Angestellten zwischen Oktober und Dezember 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 0,9% auf durchschnittlich 2.156 Euro. Dies ist das 12. Quartal in Folge in den letzten drei Jahren, in dem eine Abnahme zu verzeichnen war. Darin noch nicht enthalten sind die Sonderabgaben der Angestellten des privaten und öffentlichen Bereichs und die Gehaltskürzungen des öffentlichen Bereichs, da diese Kürzungen nicht das Brutto-, sondern das Nettogehalt betreffen.

Die Zahl der Touristen stieg in den ersten beiden Monaten dieses Jahres um 23,9%, was 114.596 ankommenden Touristen entspricht im Vergleich zu 92.508 im Vorjahreszeitraum. Basierend auf einer Passagierbefragung lagen die Ankünfte im Februar bei 65.988 im Vergleich zu 50.709 ein Jahr zuvor, was einem Anstieg von 30,1% entspricht. Die Ankünfte aus Großbritannien nahmen um 28% zu, die aus Griechenland um 16,6% und die aus Russland um 101,1%, d.h. von 3.659 im letzten auf 7.358 in diesem Jahr.

Im Januar und Februar verzeichnete die Regierung einen Haushaltsüberschuss von 39,2 Millionen Euro im Vergleich zu 3,4 Millionen Euro im selben Zeitraum im Jahr 2015. Dies lässt sich vor allem auf gestiegene Einnahmen zurückführen. Laut Finanzministerium legten die gesamten Einnahmen zwischen Januar und Februar im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 12 Millionen Euro zu und lagen bei 991,1 Millionen Euro. Die Ausgaben fielen um 10 Millionen Euro und beliefen sich auf 971 Millionen Euro.

Laut Angaben der Zentralbank fiel der Gesamtwert der notleidenden Kredite bei Unternehmen außerhalb des Finanzsektors im Dezember 2015 auf 13,3 Milliarden Euro. Dies sind 400,9 Millionen Euro weniger als 2014. Im gleichen Zeitraum nahm der Kreditumfang von Unternehmen um 590,8 Millionen Euro zu und lag bei 26,4 Milliarden Euro, während die Einlagen um 114,6 Millionen Euro zunahmen und sich auf 10,1 Milliarden Euro beliefen. Dementsprechend verringerte sich die Differenz zwischen Einlagen und Krediten von Unternehmen von 16,2 Milliarden Euro im Dezember 2014 auf 476,2 Millionen Euro im Dezember 2015.

Am 28. März zog die Regierung die fünf Gesetzesvorlagen zur Privatisierung des staatlichen Telekommunikationsunternehmens CyTA zurück, welche zuvor im Parlament debattiert worden waren. Laut Finanzminister Harris Georgiades entschied sich die Regierung zu diesem Schritt, nachdem die Mehrheit der Abgeordneten Einwände gegen die geplante Privatisierung vorgebracht hatten.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 11. März gab die Mitte-Rechts-Partei Evroko bekannt, dass sie sich mit der Solidaritätsbewegung der Europaabgeordneten Eleni Theocharous für die anstehenden Parlamentswahlen zusammenschließen werde. Der Parteivorsitzende der Evroko, Demetris Syllouris, gab dies während einer Pressekonferenz bekannt. Theocharous, die in der Zypernfrage eine Hardliner-Position vertritt, trat aus der regierenden DISY im November 2015 aus und bezog sich auf Differenzen in der Zypernfrage.

Der Parteivorsitzende der EDEK, Marinos Sizopoulos, sah sich der Kritik aller Parteien – einschließlich der DIKO, den Grünen und der Bürgerallianz – ausgesetzt, nachdem er Informationen der beiden letzten Treffen des Nationalrates vom 5. September und 8. Dezember veröffentlicht hatte. Sizopoulos hingegen begründete dies damit, dass die Öffentlichkeit hinsichtlich der Entwicklungen bei den derzeitigen Verhandlungen falsch informiert werde. Auf dem Treffen des Nationalrates im Dezember entschied Anastasiades, dass die mit den Verhandlungen im Zusammenhang stehenden Dokumente, den Vorsitzenden aller Parteien zugänglich gemacht werden sollen. Ein Brief des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon wurde jedoch nur Stunden später veröffentlicht. Daraufhin änderte Präsident Anastasiades seine Ansicht hinsichtlich der Frage, ob die Dokumente allen Parteivorsitzenden zugänglich gemacht werden sollten. Der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci kritisierte ebenfalls Sizopoulos und wertete

dessen Aktion als einen Versuch den Verhandlungsprozess untergraben zu wollen.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Am 15. März begann das in der PASINO organisierte medizinische Pflegepersonal einen unbefristeten Streik, dem im Februar zwei 12-stündige Streiks vorangegangen waren. Im Februar hatte sich die Regierung geweigert auf die Hauptforderungen der Streikenden einzugehen. Diese waren die Anerkennung ihrer formalen Qualifikationen in der Lohnskala und das Ende der wiederholten Einstellung von Arbeitskräften auf der Basis einer Neueinstellung und einer damit einhergehenden 10%igen Kürzung des Anfangsgehalts sowie u.a. Aspekte der Neueinstellungen und Beförderungen. PASIDY, welche ebenfalls einen Teil des medizinischen Pflegepersonals vertritt, weigerte sich, an dem Streik teilzunehmen und die Gewerkschaftsführung sah sich zunehmendem Druck ihrer Mitglieder ausgesetzt, den Streik der PASINO zu unterstützen. Viele Mitglieder der PASIDY traten aus und wechselten zur PASINO, um an dem Streik teilzunehmen. Die Regierung nahm eine harte Position ein und weigerte sich, unter Druck zu verhandeln. Man werde der Hauptforderung des medizinischen Pflegepersonals nicht nachkommen. Diese Forderung beinhaltet die Anerkennung der formalen Qualifikation und damit einhergehend eine Einstufung auf A8 in der Lohnskala, welche jener von Akademikern entspricht. Über die Einstufung des Pflegepersonals werde nach der Reform des Gesundheitswesens und die Autonomisierung der Krankenhäuser entschieden. PASINO lehnte dies ab und ver-

langte, dass die Regierung die sofortige Anerkennung der Qualifikationen zusichere, welche das Pflegepersonal vor einem Jahrzehnt erwerben musste und die Anerkennung bereits seit 2010 aussteht. Die entsprechenden Gehaltserhöhungen könnten zu einem späteren Zeitpunkt vorgenommen werden.

Alle Parteien außer der DISY, die meisten Gewerkschaften und Studentenvereinigungen unterstützten direkt oder indirekt die Forderungen des Pflegepersonals und verlangten, dass die Regierung eine moderatere Haltung einnehmen und mit der PASINO in Verhandlungen treten solle. Die Regierung sicherte zu, dass die Praxis der wiederholten Neueinstellungen mit zeitlich begrenzten Verträgen beenden werde. Weiterhin werde die 10%ige Kürzung des Anfangsgehalts für diejenigen, die länger als 24 Monate beschäftigt sind, eingestellt. Außerdem versprach die Regierung, einige der eingefrorenen Beförderungen wieder zu öffnen. Für die PASIDY waren diese Zusagen ausreichend und die Gewerkschaft nahm trotz des Austritts von Mitgliedern nicht an dem Streik teil. Der Streik erhielt sowohl in Zypern als auch im Ausland Unterstützung und die Regierung war letztendlich zu Verhandlungen gezwungen. Gleichzeitig kündigte sie am 30. März an, den Streik brechen und die Dienstleistungen privater Anbieter im Gesundheitsbereich in Anspruch zu nehmen. Die Gewerkschaft der staatlichen Ärzte, PASIKY, welche die Regierung während des Streiks zu einer moderaten Haltung aufgefordert hatte, warnte am 31. März, dass sie die Maßnahmen zum Streikbruch in den Krankenhäusern nicht tolerieren werde. Schließlich konnte am 31. März ein vorübergehender Kompromiss erreicht

werden, wonach Gespräche über den Status des Pflegepersonals geführt würden und eine Entscheidung vor August im Rahmen der Umstrukturierung des öffentlichen Dienstes gefällt werde, d.h. nicht unbedingt im Rahmen der Autonomisierung der Krankenhäuser. Die Mitglieder der PASINO nahmen die Vereinbarung am 1. April nach einem 17-tägigen Streik an.

Die Angestellten des Hafens in Limassol streikten erneut. Dieses Mal war der Streik unbefristet, da sie das im Rahmen der Privatisierung des Dienstleistungsbereichs des Hafens vorgelegte Angebot ablehnten. Das Angebot sei auf die Interessen privater Investoren zugeschnitten und nicht auf die der Öffentlichkeit. Der Streik begann am 21. März. Die Gewerkschaft SEK zog sich jedoch am 22. März aus dem Streik zurück, da die freiwillige Vorruhestandsregelung ausreichend sei. Der einzige ausstehende Punkt sei die Organisationsstruktur der neuen Behörde, deren Ausarbeitung jedoch noch mehr Zeit benötige. Der Streik wurde am 25. März beendet indem die anderen Gewerkschaften ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit aufriefen. Eine Mehrheit der Parlamentsabgeordneten beschloss am Abend des 24. März die Regulierung zur Privatisierung der kommerziellen Dienstleistungen des Hafens.

Die Arbeitgeberverbände OEB und KEBE kritisierten die Streiks des medizinischen Pflegepersonals und der Hafenarbeiter auf schärfste und forderten die Regierung erneut auf, ein Gesetz auf den Weg zu bringen, welches Streiks in „wichtigen Dienstleistungsbereichen“ beschränken solle. Der Vorsitzende der DISY unterbreitete am 31. März einen dementsprechenden

Gesetzesvorschlag. PEO und andere Gewerkschaften sind jedoch gegen solch ein Gesetz.

Die Mitglieder der Gewerkschaften PEO und SEK sowie der Hoteliersverband nahmen einen Kompromissvorschlag ihrer Verhandlungsführer zur Erneuerung des Tarifvertrages an. Die DEOK, welche nicht an den Verhandlungen teilnahm, da sie aufgrund ihrer geringen Mitgliederzahl von den größeren Gewerkschaften und Arbeitgebern ignoriert wurde, lehnte die Vereinbarung ab, da die Grundforderungen ihrer Mitglieder nicht berücksichtigt worden seien.

Die Alpha Bank konnte mehr als 200 Angestellte für ihre freiwillige Vorruhestandsregelung, für ursprünglich 170 Angestellte, gewinnen. Die Bank of Cyprus war weniger erfolgreich, da nur 75 von ursprünglich geplanten 250 Arbeitnehmern auf das Angebot eingingen. Daher werden nun betriebsbedingte Kündigungen im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Bank in Betracht gezogen. Die Gewerkschaft der Bankangestellten, ETYK, machte deutlich, dass sie einseitige Maßnahmen nicht akzeptieren werde. Seit 2013 sind bereits 2.000 Angestellte des Bankensektors ausgeschieden.

Die Regierung gab im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ihre Pläne zur Unterstützung privater Arbeitsagenturen bekannt. Das Projekt, welches von der EU und der Regierung finanziert werden soll, soll in den nächsten drei Jahren 1.000 Arbeitslose vermitteln. Die private Arbeitsagentur soll für jeden vermittelten Arbeitnehmer 500 Euro erhalten und an Empfänger des Mindesteinkommens gerichtet sein. Der Vorsitzende der Gewerkschaft PEO, Pampis Kyritsis,

verfasste ein Protestschreiben an das Arbeitsministerium und kritisierte darin, dass eine öffentliche Aufgabe privatisiert und mit öffentlichem Geld finanziert werde und dass es zuvor keinen sozialen Dialog gegeben hätte. Des Weiteren gebe es keine Kontrollmechanismen, um die Verschwendung öffentlichen Geldes und die Ausbeutung der Arbeitnehmer zu verhindern sowie andererseits die Vermittlung geeigneter Arbeitsstellen zu gewährleisten.

Die Regierung kündigte ihre Pläne an, Praktikumsplätze für Studenten finanziell zu fördern, um die Universitäten mit dem Arbeitsmarkt besser zu verbinden. Die Studenten sollen bis zu 150 Euro im Monat verdienen, während die beteiligten Unternehmen eine symbolische Unterstützung bekommen sollen.

Alle Gewerkschaften, welche die Angestellten des zypriotischen Elektrizitätsunternehmens CEA vertreten, kündigten einen umfangreichen unbefristeten Streik an, der am 6. April beginnen soll, da die Regierung nicht von ihren Privatisierungsplänen Abstand nehmen will. Die Gewerkschaften trafen sich zu einem Gespräch mit Präsident Anastasiades, der ihnen versicherte, dass die Aufteilung der CEA in den kommenden Jahren nicht durchgeführt werde. Daraufhin wurde der Streik abgesagt.

Das Oberste Gericht fällte kein Urteil hinsichtlich der Ladenöffnungszeiten im Einzelhandel. Nun gibt es eine Gesetzeslücke, da es keine gültigen Regulierungen gibt. Die Parlamentsmehrheit versicherte, dass sie mit der Regierung in dieser Frage einen Kompromiss erreichen wolle.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Nach den monatelangen Verhandlungen und Kontroversen zwischen der türkisch-zypriotischen Regierung und Ankara über den Betrieb der Wasserversorgung haben die beiden Premierminister schließlich am 2. März in Ankara das Abkommen unterzeichnet. Der Vertragsabschluss hat jedoch nicht alle Probleme zwischen den beiden Seiten lösen können.

Am 31.03. kündigte der Finanzminister an, dass nicht genügend Mittel für die Auszahlung der Gehälter für März 2016 bereitstünden und dass einige Gehälter in zwei Teilzahlungen ausbezahlt würden. Dementsprechend erhielten diejenigen, deren Nettolohn über viertausend Türkische Lira (1232€) liegt, zunächst nur 60 Prozent ihres Gehalts. Kalyoncu kündigte an, dass der Rest der Gehälter innerhalb der nächsten Tage ausgezahlt werde. Andere erhielten ihr volles Gehalt. Der Engpass entstand durch eine Meinungsverschiedenheit zwischen Ankara und der türkisch-zypriotischen Regierung bezüglich der Vereinbarungen zur finanziellen und ökonomischen Kooperation für 2016-2018. Nach dem Auslaufen der vorherigen Vereinbarung stellte Ankara die Überweisung der Geldmittel ein. Einer der Knackpunkte scheint hierbei die Privatisierung weiterer Energiedienstleistungsunternehmen zu sein. Berichten zufolge war der Juniorpartner der Regierungskoalition, die National Unity Party (UBP), über die Verzögerung aufgebracht und begann die Bildung einer Koali-

tion ohne die Republican Turkish Party (CTP), zum Beispiel mit der DP, in Erwägung zu ziehen.

Gemäß dem Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit für den Zeitraum von 2015-2016, der von der türkischen-zypriotischen Handelskammer in Auftrag gegeben wurde, liegt die türkisch-zypriotische Wirtschaft auf Platz 121 von 141 Ländern. Im vorherigen Bericht wurde noch der 114. Platz, von 145 Ländern, erreicht.

Im Jahr 2015 besuchten 1.483.244 Touristen den nördlichen Teil Zyperns, davon 1.110.795 türkische Staatsbürger. Gemäß den Zahlen der amtlichen Bekanntmachung der Zentralbank entspricht das einem Anstieg von 8.6% an Besuchern im Jahr 2015, im Vergleich zu 2014.

Innenpolitische Entwicklungen

Im März hat sich die Zusammensetzung des Parlaments geändert, nachdem drei Abgeordnete der Demokratischen Partei (DP) zurückgetreten sind - unter ihnen Hasan Tacoy, der Generalsekretär der Partei- sowie ein Abgeordneter der CTP. Nach den Rücktritten ist die Anzahl der Abgeordneten der DP auf fünf zurückgegangen und jene der CTP auf zwanzig. Die UBP ist mit 18 und die TDP mit 3 Abgeordneten im Parlament vertreten. Den vier parteiunabhängigen Abgeordneten ist es nach dem Gesetz verboten bis zu den nächsten Wahlen offiziell einer anderen Partei beizutreten.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Laut der Gewerkschaft Dev-Is, haben drei Arbeiter in den ersten drei Monaten des Jahres ihr

Leben bei Arbeitsunfällen verloren. Die Gewerkschaft macht für die hohe Zahl an Arbeitsunfällen, z.T. mit Todesfolge, die schwache gewerkschaftliche Organisation im Privatsektor verantwortlich, sowie Probleme bei der Durchsetzung von Arbeits-, Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen. Letztes Jahr starben 13 Arbeiter bei Arbeitsunfällen.

Außenpolitik

Präsident Akinci empfing den Deutschen Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt Michael Roth. Bei ihrem Treffen wurden die neuesten Entwicklungen in den Verhandlungen zur Zypernfrage und die laufenden Vorbereitungen für die Aufnahme der türkischen Zyprioten in das EU Acquis Communautaire besprochen.

Akinci lehnte die Anfrage des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission für Euro und sozialen Dialog, Valdis Dombrovski, ihm einen 15-minütigen Höflichkeitsbesuch abzustatten, ab. Akinci erinnerte daran, dass Dombrovski damit betraut wurde, die türkisch-zypriotische Seite auf den Beitritt zur Europäischen Union vorzubereiten und mahnte: „Wenn der Kommissar nur für eine kurze Stippvisite in den Norden kommt, dann muss er sich nicht bemühen überhaupt zu kommen.“ Stattdessen sollten sie ihrem Auftrag nachkommen und die Gefühlslage der türkischen Zyprioten ernst nehmen, weniger als das würde nicht akzeptiert, so Akinci.

5. FES Zypern Veranstaltungen

April

Freitag 15.04.2016, 17.30 Uhr

PRIO Cyprus Centre / FES
Launch der Publikation

Post-Annan Youth Study

Home for Cooperation, UN Pufferzone
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Mai

Dienstag 17.05.2016

Post RI/FES
Workshop

**International Day Against Homophobia,
Transphobia and Biphobia**

t.b.a.
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Soner, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-
Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros, Anne Reiff, Friedrich
Wilke und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie
bitte eine E-mail an:
Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com